



Medienmitteilung

Datum: 23. August 2013 – Nr. 35
Sperrfrist: keine

Regierungsrat über Vorgehen des Bundes beim Asylzentrum Alpnach konsterniert

Der Regierungsrat ist über die nachträglichen Änderungen in der Vereinbarung des Bundesamts für Asyl (BFM) mit der Gemeinde Alpnach ungehalten. Er hat nun in einem Schreiben an die Vorsteherin des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements, Bundesrätin Simonetta Sommaruga, sein Unverständnis für das Vorgehen des Bundesamts für Migration ausgedrückt.

In seinem Schreiben zeigt sich der Regierungsrat überrascht über die mangelnde Sensibilität, die das Bundesamt für Migration mit seinem Verhalten im Zusammenhang mit dem Bundesasylzentrum in Alpnach an den Tag gelegt hat. Er hält fest, dass die nachträglichen Änderungen in der Vereinbarung des BFM mit der Gemeinde Alpnach für die Kantons- und Gemeindebehörden und vor allem für die Alpnacher Bevölkerung nicht nachvollziehbar sind.

Der Regierungsrat beurteilt diese "Änderung der Spielregeln während des Spiels" als sehr schädlich für das Vertrauensverhältnis zwischen Bevölkerung und Behörden.

Er appelliert an die Departementsvorsteherin des EJPD und an das BFM, künftig der Vertrauensfrage und der Sensibilität in der Zusammenarbeit mit Kantonen und Gemeinden die notwendige Beachtung zu schenken, weil sich die negativen Schlagzeilen rund um das Asylzentrum Alpnach auf das gesamte Schweizer Asylwesen auswirken.